

SPD-Führer als Achtgrofschenjungen!

Einheitsfront von SPD bis Nazis verhindert Hilfe für Neuroder Bergarbeiter

Berlin, 15. Oktober (Eig. Drahtbericht) Die heutige Sitzung des Reichstages bringt die Fortsetzung der Debatte zur Regierungserklärung. Sie beginnt mit einem Bericht der kommunistischen Partei für die Bergarbeiter in Niederschlesien.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begründet der Genosse Beder, Breslau, einen Antrag der Kommunisten, der zur Betriebsaufstellung der Wenzelsgrube in Neurode Stellung nimmt. Der Antrag fordert die Beschlagnahme der Grube und ihre Uebergabe an die Arbeiter und Angestellten zur eigenen Bewirtschaftung. In diesem Antrage zeigen die Kommunisten einen Weg gegen die dauernden Stilllegungen.

Ueber das Schicksal des Antrages berichten wir nachstehend:

Nur Kommunisten für Bergarbeiter!

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte zu Beginn der Reichstagsitzung vom 15. Oktober folgenden Antrag ein, den der Gen. Beder, Breslau, begründete und der verlangte, daß der Antrag noch am gleichen Tage behandelt und angenommen werde:

Der Reichstag wolle beschließen:

Um den Neuroder Bergarbeitern die Arbeitsgelegenheit zu erhalten, ist:

1. die Wenzelsgrube, die durch die Mißwirtschaft ihrer bisherigen Besitzer zu Grunde gerichtet wurde, mit allem Inventar und den dazu gehörigen Kohlenfeldern zu beschlagnehmen und den Arbeitern und Angestellten zur Weiterführung zu übergeben;
2. an die Gläubiger und bisherigen Besitzer keinerlei Entschädigung zu zahlen;
3. aus Reichsmitteln vorläufig 2 Millionen Mark den Arbeitern und Angestellten der Grube zur Verfügung zu stellen, damit sie imstande sind, Kohlen an Erwerbslose und die minderbemittelte Bevölkerung des mittelschlesischen Industriebezirktes zu liefern;
4. solange die Grube zu diesem im Absatz 3 genannten Zwecke benutzt wird, die Erhebung von Steuern und Abgaben einzustellen.

Sämtliche Fraktionen, außer den Kommunisten, lehnten die Beratung des Antrages ab und verhinderten damit, daß noch in der jetzigen Sitzungsperiode zu der Not der Bergarbeiter im Neuroder Hungerrevier, die sich verzweifelt gegen den Abbruch der Wenzelsgrube zur Wehr setzen, Stellung genommen und ihnen geholfen wird.

Ein bezeichnender Zwischenfall ereignete sich bei der Rede des Vorsitzenden der Volkspartei, Abg. Dingeldey. Als dieser von Fehlern der Wirtschaftsführer spricht und ihm der Sozialdemokrat Dittmann zuruft: „Hört, hört!“, muß Dittmann schweigend die Bemerkung Dingeldeys einstecken: „Sie sehen ich bin nicht so geburden wie Sie!“

Die Nazis führen sich recht brav auf. Sie läden Dittmann als der Schärfer Dittmann kein Programm entwickelt und wagen keinen Zwischenruf, als Dingeldey seine Attacke gegen die „hohen Löhne“ rettet.

Die Sozialdemokraten erniedrigten sich soweit, daß sie von der Tribüne des Reichstages aus gegen die Kommunisten Zuhälterdienste für die Polizei leisten. Das werttätige Volk wird

auf diese Achtgrofschenjungen-Manieren nicht nur Herrn Aufhäuser, sondern der gesamten sozialdemokratischen Führerschaft die Antwort nicht schuldig bleiben.

Die heutige Sitzung steht aber auch im Zeichen der Fortführung des Kampfes der kommunistischen Partei gegen das Brüningsystem.

Für die Volkspartei spricht der Vorsitzende Dingeldey. Er bringt dem von der Sozialdemokratie geführten Reichstag die Hochachtung und Verehrung seitens seiner Freunde vor dem väterländischen Willen Brünings zum Ausdruck. Dann fordert Dingeldey die Verbreiter der Regierung nach rechts und die Heranziehung der nationalen Opposition zu erklärt am Schluß, daß seine Freunde nicht mehr in der Lage seien, den Reichstagskanzler zu stützen.

Nach Dingeldey spricht der Prälat Veicht (Bayr. Volkspartei). In allerhöflichster Demut fordert er die weitere Ausdehnung des Volkes, indem er die weitere Einschränkung der „überflüssigen“ Einfuhr von Lebensmitteln und Holz verlangt.

Für das Landvolk erklärt der Prälat Föhrig mit vielem Wern und Aber, daß sie gegen die Regierung Brünings stimmen werden. Für die Staatspartei spricht Weber (Potsdam). Er findet Worte des Lobes für Brünings. Zwischen ihm und den Nazis entspinnt sich ein harmloses Geplänkel.

Für die neugeborene Sozialistische Arbeiter-Partei spricht Abg. Hiegler (Breslau). Er beginnt mit dem Bekenntnis, daß seine neue Partei klein sei. Er ist aber nicht in der Lage, dem Profetariat den rechten Fingerzeig zum Kampf zu geben. Seine Polemik gegen die verräterische und verwerfliche Politik der Sozialdemokratie ist mehr als jäh.

SPD-Aniefall vor Brünina!

Aufhäuser (Soz.) setzt den von Freitschid gestern begonnenen Aniefall vor Brünina fort. Er beginnt seine Rede mit einer tolleren Kommunisten-Hehe. Er denunziert die Kommunisten der Polizei und behauptet, die Kommunisten, die die Massen vor die Gewehre ihrer Gegner jagten, liefen in Berlin herum und mieten illegale Wohnungen.

Nach Aufhäuser ergreift das Wort unter Gen. Hedert, der Vertreter der NSD. Er wendet sich zunächst gegen die falschen Meldungen der bürgerlichen Presse, daß die Kommunisten Abgeordnete abkommandieren würden, um Brünina zu retten. Er

Das rote Berlin marschiert

Betriebsarbeiter und Erwerbslose kämpfen gemeinsam gegen Brünings-Diktatur

Berlin, 16. Oktober. (Eig. Meldung.)

Gestern Abend kam es in allen Stadtteilen zu großen, spontanen Demonstrationen von Erwerbslosen und Betriebsarbeitern. In Moabit zog ein Zug von vielen hundert Menschen unter Empörungsrufen gegen die Notverordnung-Abbaumaßnahmen durch die Straßen. Die Polizei griff dann ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. Im Westen Berlins, am Wilhelmplatz, kam

es ebenfalls zu großen Ansammlungen, die von der Polizei auseinander getrieben wurden.

Im Osten zogen gegen 19 Uhr ebenfalls viele Menschen durch die Straßen. Mit Niederrufen gegen die Notverordnung und Brünings-Regierung, mit Hochrufen auf die Einheitsfront und das Wiedererscheinen der „Roten Fahne“ zogen sie sich der Zug dann auf. Im Norden kam es in verschiedenen Straßen zu Demonstrationen. Mit den Rufen: „Wir haben Hunger!“ „Wir fordern Arbeit und Brot!“ marschierten auch hier Hunderte durch die Straßen. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei, die dann die Straßen räumte. Die ganze Straße war schwarz von Menschen. Bevor die Polizei kam, läute sich der Demonstrationzug auf. Noch lange war es im Arbeiterviertel von Menschenmassen belebt. In starken Trüben zu Pferde und Fuß patrouillierte die Polizei durch die Straßen.

Heraus mit Scheringer!

Die kommunistische Fraktion fordert die Freilassung des Genossen Scheringer. Die kommunistische Fraktion hat einen Antrag eingebracht, der die sofortige Freilassung des Genossen Scheringer fordert. Der Antrag steht in diesen Tagen mit zur Debatte und zur Abstimmung.

NSD für Freilassung Claus Heim

In der Donnerstagssitzung des Landtages unternehmen die Kommunisten einen Vorstoß für die Freilassung des Bauernführers Claus Heim. In ihrem Antrag wird darauf hingewiesen, daß die werktätige Bauernschaft immer härter die Freilassung ihres Führers fordere und daß sich zahlreiche landwirtschaftliche Organisationen, sowie eine händische landwirtschaftlicher Konventionen und Tausende von Bauernvereinigungen für die Entlassung von Claus Heim mit aller Entschiedenheit ausgesprochen haben. Der sofortigen Befreiung des Claus Heim wird durch eine Stellungnahme des Landtages verhindert wurde.

Der Landtag setzte dann die am Dienstag begonnene „Mittwoch“- und Notverordnungdebatte fort.

„Rote Fahne“ ist wieder da!

Nach vier Wochen Verbot durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Geisler ist heute die Rote Fahne, das Kampfsymbol aller Werttätigen, wieder erschienen.

Auf dem Bauche vor sächsischen Industriellen

Nazis für Lohnabbau

Tariffverbot, Zwangsparlaffen, Aufhebung der Sozialversicherung gefordert

Auf einer Vorstandssitzung des Verbandes der sächsischen Industriellen sprach vor kurzem der Leiter der nationalsozialistischen Wirtschaftsstelle, Dr. Wagner, über das Thema: „Wie ist die auf privatwirtschaftlicher Grundlage aufgebaute sächsische Industrie in ihrer schweren Krise zu fördern?“ Ist schon die Tariffrage recht merkwürdig, daß ein prominenter Führer einer „sogenannten Arbeiterpartei“ auf einer Tagung von Industriellen über ein Thema wie das vorstehende spricht, so ist das, was Wagner den Industriellen als das Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus vortrug, ein Faustschlag ins Gesicht der werktätigen Massen. Laut Protokoll sagte Dr. Wagner zur Frage der Sozialgesetzgebung:

„Die Einführung der Gesetzgebung sei der größte Fehler seit dem Untergang des Unternehmertums als auch der Regierung gewesen. Es sei dadurch erst die Korruption in die Massen getragen worden. ... Die Invalidenversicherung, die Willkürversicherungen hat, sei ein Betrug am Volke und durch die soziale Gesetzgebung wurde die Profetarbeiter durchgeholfen. (1) Dieses jegliche liberalistische System muß deshalb verschlungen werden.“

Zur Frage des Lohnabbaues heißt es in dem Protokoll: „Allgemeine Tarife seien verboten. Bezahlt würde ein sogenannter Leistungslohn. Den Betrieben ist die letzte Festschreibung der Löhne vorzuschalten. (1) Die Betriebsräte bleiben bestehen. Kommt es zu Meinungsverschiedenheiten, hat der Schlichter

zu entscheiden. Er darf aber nur der einen oder der anderen Partei recht geben. Zwischenlösungen gibt es nicht.“

„An Stelle der sozialen Versicherung, die aufgehoben wird, treten Zwangsparlaffen. Es ist jeder verpflichtet, ganz gleich ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, wöchentlich oder monatlich einen bestimmten Teil seines Einkommens dieser Zwangsparlatte zuzuführen. Die Spargelder sind den Banken als Kapital zur Verfügung zu stellen, und hier liegt der Angelpunkt des ganzen Systems, daß dadurch die Brechung der jetzigen Finanznotlage durchzuführen wird.“

Die Landwirtschaft muß wieder konfessant werden. Ebenso sei die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Eine Einschränkung der Frauenarbeit würde ebenfalls eintreten.“

Diese Rede des Naziführers Dr. Wagner, die allerdings nicht für die Öffentlichkeit, am allerwenigsten für die Arbeiteröffentlichkeit bestimmt war, enthält mit einem Schlage den verbrecherischen, arbeitserfindlichen Charakter der Hitlerpartei und entlarvt sie als eine Zuhälterpartei des Finanz- und Schwerkapitals.

Die ehrlichen Arbeiter, die sich heute noch in den Reihen der Reichspartei befinden, müssen die wahre Rolle der Hitlerpartei durchschauen und sich mit Abscheu von der Reichspartei trennen und zur einzigen Partei aller Werttätigen, der kommunistischen Partei, kommen.

ADGB-Führer für Zwangsarbeit

Die freien Gewerkschaften sollen den freiwilligen Arbeitsdienst organisieren / Arbeitslose sollen unter jeder Bedingung arbeiten

Einer der Hauptprogrammpunkte der deutschen Bourgeoisie ist der sogenannte „freiwillige“ Arbeitsdienst. Mit Recht hat sich die gesamte Arbeiterklasse, vor allem auch die sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierten Profetarbeiter, gegen diese Zwangsarbeit mit militärischem Drill gewandt. Bezeichnenderweise hat aber bisher der ADGB keinen Finger krümm gemacht, um einen Kampf gegen diese Zwangsarbeit zu führen. Auf einer Sitzung des ADGB-Ausschusses im August stand zwar die Frage auf der Tagesordnung. Sie wurde aber abgelehnt, weil sie als „unwichtig“ bezeichnet wurde. Daß dies nur ein Vorwand war, um die eigentliche Zustimmung der ADGB-Führer zur Zwangsarbeit zu verschleiern, ergibt sich aus einem Artikel des ADGB-Führers Georg Bauer, der in der letzten Nummer der sozialdemokratischen Funktionärzeitung „Das freie Wort“ zur Frage der Zwangsarbeit folgendes schreibt:

„Der freiwillige Arbeitsdienst ist durch den Eifer, mit dem

Jungdo, Stahlhelm und Unternehmertum ihn propagiert haben, hart in Mißkredit geraten. ... Die Gewerkschaften sollten nicht die vom Reich bereit gestellten Gelder diesen Kreisen allein zufließen lassen. Es gibt unter den mehr als 4 Millionen Arbeitslosen eine unabsehbar große Zahl, die es als größtes Unglück empfindet, nicht arbeiten zu dürfen. Sie wären bereit, unter jeder Bedingung zu arbeiten, wöfern man sie nur vor Aufgaben stellte. Die Gewerkschaften sollten deshalb den freiwilligen Arbeitsdienst nicht einschränken, sondern ihn organisieren und überwachern, um Schädigungen der allgemeinen Arbeitsgelegenheiten zu verhindern und den Hunger der Erwerbslosen nach Arbeit nicht ungefüllt zu lassen.“

Durch diese Äußerungen wird die Rolle des ADGB als ausführendes Organ der Brünings-Regierung besonders klar gekennzeichnet. Sorgt dafür, daß in allen Stempelstellen und Betrieben diese Rolle des ADGB als Organisator der Zwangsarbeit bekannt wird.

Demonstration in Hamburg

Hamburg, 16. Oktober. (Eig. Meldung.)

Am Tage der Reichstagsöffnung kam es gegen 19 Uhr in allen Stadtteilen zu Demonstrationen, die sich plötzlich formierten, mit Niederrufen auf die Notverordnung und Brünings-Regierung einige hundert Meter weit marschierten, und sich dann wieder auflösten. Die Polizei schritt an keiner einzigen Stelle ein.

Bürgermeister aus der SPD ausgeworfenes

Luzenau, 15. Oktober. Wie die Volkszeitung für das Muldental berichtet, ist der hiesige Bürgermeister Andreus aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeworfen. Andreus begründet seinen Schritt mit der Haltung der SPD seit der letzten Reichstagswahl.

Der Sowjetrußland die festeste Währung

Als der Reichskanzler Brüning bei der Regierungserklärung im Reichstag ausführte, die Regierung lehne es ab, „die deutsche Mark an das entwertete englische Pfund anzuhängen“, rief Genosse Neumann dazwischen: „Hängen Sie sie doch an den Sowjetrußland!“

Dieser Zwischenruf hat die ganze bürgerliche Presse, vor allem natürlich die Dresdener Volkszeitung und die übrige sächsische SPD-Presse ganz aus dem Häuschen gebracht. Die Herrschaften versuchen diesen Zwischenruf als lächerlich abzutun. Aber in Wirklichkeit ist der Tschernowoz (10 Goldrubel) heute die festeste Währung der Welt. Denn sie gründet sich auf den logischen Aufbau im größten Lande der Welt, sie gründet sich auf eine Wirtschaft ohne Erwerbslose und Krise. Der Tschernowoz ist die Währung einer planmäßig aufgebauten Industrie.

Die SPD-Presse blödel: „Wir lehnen es ab, die deutschen Arbeiter durch Sowjetarbeiter bezahlten zu lassen. Uns ist die wertbeizändige deutsche Mark lieber.“ Wir sind überzeugt davon, daß es den deutschen Arbeitern lieber wäre, es gäbe an Stelle der Reichsmark eine Sowjetmark, die ebenso fest begründet ist wie der russische Tschernowoz.

Neues in Kürze

Wie Reuters aus Newmork meldet, beträgt der Goldvorrat der Vereinigten Staaten jetzt annähernd 567 Millionen Dollar, wovon der größte Teil während der letzten vier Monate abgebaut worden ist.

Eine Massendemonstration Berliner Zeitungshändler beschloß einstimmig heute Freitag sämtliche Erzeugnisse der Verlage Ullstein, Scherl u/v. für 1 Tag zu sperren und sich zu verpflichten, an diesem Tage die Rote Fahne in Massen zu vertreiben.

In Spanien ist unter Führung von Ajana eine neue bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung gebildet worden.